

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)**

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**  
– Drucksache 18/3407 –

#### **In UN-Generalversammlung der Uranwaffen-Resolution zustimmen**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Agnieszka Brugger, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
– Drucksache 18/3410 –

#### **VN-Resolution zu Uranmunition zustimmen**

##### **A. Problem**

Zu Buchstabe a

Die Antrag stellende Fraktion verweist auf gravierende langfristige Folgen des Einsatzes von Uranmunition, auf die sowohl die Weltgesundheitsorganisation als auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen mehrfach hingewiesen hätten. Bisherige Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu den potentiell schädlichen Effekten des Einsatzes von Uranmunition für Gesundheit und Umwelt seien von Deutschland unterstützt worden.

Am 31. Oktober 2014 habe sich die Bundesregierung im Hauptausschuss für Abrüstung und internationale Sicherheit der Generalversammlung der Vereinten Nationen bei der Abstimmung der diesjährigen Resolution zu den Folgen des Einsatzes von Uranmunition enthalten und für die Endabstimmung in der Generalversammlung ebenfalls Enthaltung angekündigt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Position zu revidieren, in der Generalversammlung für eine Annahme zu stimmen und sich auf internationaler Ebene für die neutrale, wissenschaftliche Untersuchung der gesundheitlichen und umweltbezogenen Folgen des Einsatzes von Uranwaffen einzusetzen.

Zu Buchstabe b

Die Antrag stellende Fraktion verweist auf die am 2. Dezember 2014 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen abgestimmte Resolution zu den Auswirkungen des Einsatzes von Uranmunition, bei der Deutschland sein Stimmverhalten geändert und sich erstmalig bei einer Resolution der Vereinten Nationen zum Einsatz von Uranmunition enthalten habe. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Position zu revidieren und bei der nächsten Abstimmung im Rahmen der Vereinten Nationen wieder für eine Annahme zu stimmen.

## **B. Lösung**

Zu Buchstabe a

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/3407 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

Zu Buchstabe b

**Ablehnung des Antrags auf Drucksache 18/3410 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

## **C. Alternativen**

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

## **D. Kosten**

Zu Buchstabe a

Keine.

Zu Buchstabe b

Keine.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 18/3407 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 18/3410 abzulehnen.

Berlin, den 4. März 2015

### **Der Auswärtige Ausschuss**

**Dr. Norbert Röttgen**  
Vorsitzender

**Roderich Kiesewetter**  
Berichterstatter

**Dr. Ute Finckh-Krämer**  
Berichterstatterin

**Jan van Aken**  
Berichterstatter

**Omid Nouripour**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Roderich Kiesewetter, Dr. Ute Finckh-Krämer, Jan van Aken und Omid Nouripour

### I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/3407** in seiner 73. Sitzung am 4. Dezember 2014 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Gesundheit, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 31. Sitzung am 17. Dezember 2014 zur gutachtlichen Mitberatung dem Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 18/3410** in seiner 73. Sitzung am 4. Dezember 2014 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Gesundheit, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag auf Drucksache 18/3410 in seiner 31. Sitzung am 17. Dezember 2014 zur gutachtlichen Mitberatung dem Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Antrag stellende Fraktion verweist auf gravierende langfristige Folgen des Einsatzes von Uranmunition, auf die sowohl die Weltgesundheitsorganisation als auch das Umweltprogramm der Vereinten Nationen mehrfach hingewiesen hätten. Bisherige Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu den potentiell schädlichen Effekten des Einsatzes von Uranmunition für Gesundheit und Umwelt seien von Deutschland unterstützt worden.

Am 31. Oktober 2014 habe sich die Bundesregierung im Hauptausschuss für Abrüstung und internationale Sicherheit der Generalversammlung der Vereinten Nationen bei der Abstimmung der diesjährigen Resolution zu den Folgen des Einsatzes von Uranmunition enthalten und für die Endabstimmung in der Generalversammlung ebenfalls Enthaltung angekündigt. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Position zu revidieren, in der Generalversammlung für eine Annahme zu stimmen und sich auf internationaler Ebene für die neutrale, wissenschaftliche Untersuchung der gesundheitlichen und umweltbezogenen Folgen des Einsatzes von Uranwaffen einzusetzen.

Zu Buchstabe b

Die Antrag stellende Fraktion verweist auf die am 2. Dezember 2014 in der Generalversammlung der Vereinten Nationen abgestimmte Resolution zu den Auswirkungen des Einsatzes von Uranmunition, bei der Deutschland sein Stimmverhalten geändert und sich erstmalig bei einer Resolution der Vereinten Nationen zum Einsatz von Uranmunition enthalten habe. Die Bundesregierung wird aufgefordert, diese Position zu revidieren und bei der nächsten Abstimmung im Rahmen der Vereinten Nationen wieder für eine Annahme zu stimmen.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 33. Sitzung am 4. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 33. Sitzung am 4. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 39. Sitzung am 4. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 29. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 29. Sitzung am 4. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 33. Sitzung am 4. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 33. Sitzung am 4. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 39. Sitzung am 4. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 29. Sitzung am 25. Februar 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 29. Sitzung am 4. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“

Zu Buchstabe a

Der **Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 10. Sitzung am 14. Januar 2015 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Unterausschuss „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“** hat den Antrag auf Drucksache 18/3410 in seiner 10. Sitzung am 14. Januar 2015 gutachtlich beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

**V. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/3407 in seiner 36. Sitzung am 4. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 18/3410 in seiner 36. Sitzung am 4. März 2015 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 4. März 2015

**Roderich Kiesewetter**  
Berichtersteller

**Dr. Ute Finckh-Krämer**  
Berichterstellerin

**Jan van Aken**  
Berichtersteller

**Omid Nouripour**  
Berichtersteller



